

Brasilien vor der Wahl und der Kampf ums Land

Erfahrungen der brasilianischen Landlosenbewegung MST zur Ernährungssouveränität und weiteren Rechten von Kleinbäuerinnen versus der zunehmenden Vormachtstellung von Politik & Agrobusiness

MST-Delegationsreise

Der internationale Tag des kleinbäuerlichen Widerstandes am 17. April steht in diesem Jahr wieder im Zeichen der Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Obwohl sie 70 Prozent der weltweiten Nahrungsmittel produzieren, haben sie oft selbst nicht genug zu essen: 50 Prozent der weltweit 800 Millionen Hungernden sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Ihre Lebensgrundlagen und Rechte werden zunehmend durch Agrarkonzerne und Regierungen bedroht und verletzt. Eine Erklärung der Vereinten Nationen soll nun ihre Rechte stärken, denn der aktuelle internationale Rechtsrahmen reicht nicht aus, um Kleinbauern vor diesen Bedrohungen ihrer Lebensgrundlage zu schützen. In einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis appellieren Bauernorganisationen, entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen an die Bundesregierung, die Erarbeitung dieser UN-Deklaration konstruktiv zu unterstützen.

Anlässlich des Tages des internationalen kleinbäuerlichen Widerstandes haben wir 2 VertreterInnen der brasilianischen Landlosenbewegung MST eingeladen, denn der Gedenktag geht auf ein Massaker am 17.4.1996 in El Dorado de Carajás zurück, bei dem 19 Landlose dieser Bewegung brutal und hinterhältig gefoltert und erschossen wurden.

Hintergründe:

Stärkung der Kleinbauernrechte weltweit

Für Kleinbäuer*innen kann dieses Jahr richtungsweisend sein. Denn die Themen Recht auf Nahrung, Zugang zu Land, Saatgut, Umweltschutz, kleinbäuerliche Ernährungssysteme und politische Mitsprachrechte sollen noch in diesem Jahr in Form einer UN-Deklaration gestärkt werden. Im April findet die entscheidende fünfte Lesung der Deklaration in Genf statt. Die Anerkennung dieser Rechte durch die internationale Staatengemeinschaft wird als ein wichtiger Schritt gegen die fortschreitende Diskriminierung und Kriminalisierung von Kleinbäuer*innen im Zuge von Privatisierung und Ausverkauf von Ressourcen, wie Wasser, Land und Saatgut gesehen. Denn ihre grundlegenden Rechte der Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und überhaupt ihr Recht, als Kleinerzeuger auf dem Lande zu wohnen und zu arbeiten, werden durch einseitige Modernisierungspolitik, fortschreitende Landkonzentration und Konzernstrategien vielfach unterdrückt.

Kampf von Kleinbäuer*innen um Ernährungssouveränität und Lage in Brasilien

Während auf internationaler Ebene um eine Anerkennung von Rechten von Kleinbäuer*innen und der Verankerung des Rechts auf Saatgut und Land diskutiert wird, sind in Brasilien die Entwicklungen gegenläufig: Mit der politischen Neuausrichtung des Landes werden Programme zur Kleinbauernförderung und Agrarreform gekürzt oder ganz eingestampft. Nach Angaben von Expert*innen drohe das Land in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen wieder auf die Welthungerkarte des World Food Programms zurückzukehren.

Im Nationalkongress, besonders in der Abgeordnetenversammlung aber auch im Senat, ist die bancada ruralista – die Fraktion des Agrobusiness – extrem stark und übt erheblichen Einfluss auf die Regierung aus. Unter der Regierung Temer wurde Bairo Maggi, Sojabaron und größter Landbesitzer

Brasiliens Agrarminister. Mit der Lobbygruppe der Ruralistas im Rücken bringt er derweil Gesetze durch, die vor allem dem Agrobusiness und internationalen Investor*innen dienen.

Seit dem politisch instrumentalisierten Amtsenthebungsverfahren und parlamentarischen Putsch gegen die demokratisch gewählte Präsidentin Dilma Rousseff im Jahre 2016 findet eine massive Umstrukturierung in vielen Sektoren statt. U.a. sind die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Sozialwesen von massiven Einschnitten betroffen. Und mit dem fragwürdigen Verfahren gegen Ex-Präsident Lula steht nun auch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Spiel.

Der derzeitige Präsident Temer hindessen versucht – mit Unterstützung wirtschaftlicher und parlamentarischer Lobbygruppen - sein neoliberales Projekt der Umstrukturierung und Privatisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Unter dem Stichwort "Entwicklungspolitik" werden Gesetzesinitiativen vorgelegt, die das gesamte Sozialsicherungssystem umkrempeln, Staatsausgaben gestrichen und natürliche Ressourcen noch verstärkter für Wirtschaftsinteressen nutzbar machen sollen.

Die Landfrage ist bei Weitem nicht geklärt: Etwa 10 Prozent der Bevölkerung besitzen rund 80 Prozent des Landes, das heißt, dass auf 20 Großgrundbesitzer etwa 20 Millionen Hektar Land kommen, während 3,3 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zusammen gerade einmal ebenso viel Land besitzen und ein weiterer Teil weiterhin vollkommen besitzlos ist. **Die Zahl der Landkonflikte und Morde gegenüber Landlosen & Umweltaktivist*innen ist extrem. 2016 Jahr registrierte die Landpastorale CPT 61 Tote. Das ist die höchste Zahl seit 2003. Bis Herbst 2017 waren es bereits 63, unter ihnen auch mehrere Anführer und Mitglieder der Landlosenbewegung MST, einer von ihnen Waldormiro Costa Pereira, ein einstiger Überlebender einer der schlimmsten Massaker auf dem Land - 1996 in Eldorado do Carajás.**

Menschenrechtslage und die Situation der sozialen Bewegungen

In der Überprüfung der Menschenrechtslage hat die brasilianische Regierung von der UNO im vergangenen Jahr rund 250 Empfehlungen bekommen. Sie betreffen: Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit, Diskriminierung der Geschlechter, Rechte indigener Völker und Quilombolos sowie Polizeigewalt. Auch die Internationale Arbeitsorganisation kritisiert deutlich die Entwicklungen: Die neuen Gesetze verstoßen gegen die Vereinbarungen der ILO, die auch Brasilien unterzeichnet hatte. Auch der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte liegen derzeit Anträge gegen systematische Menschenrechtsverletzungen seitens des brasilianischen Staates vor.

Für die sozialen Bewegungen ist unter dem de-facto Präsidenten Temer eine sehr schwere Zeit gekommen. Zwar ist es ihnen gelungen, sich wieder besser zusammen zu schließen und zu koordinieren. Doch langsam erlahmen ihre Kräfte und es wird schwerer zu mobilisieren. Denn die sozialen Bewegungen werden – wie die gesamte fortschrittliche organisierte Zivilbevölkerung – seitens der Regierung gezielt behindert. Zudem verstärkt sich die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschaften werden geschwächt, die Spielräume der Zivilgesellschaft immer mehr eingeschränkt. Und trotz nachweislicher Gewalt seitens paramilitärischer Gruppen werden letztere kaum oder gar nicht verfolgt. Auch ein Großteil der Medien tragen ihren Anteil an politischer Meinungsmache mit und verschärfen einen deutlich rassistischen, diskriminierenden und antidemokratischen Diskurs im Lande. Dennoch leisten die Menschen weiterhin Widerstand, kämpfen für ihr Land und ihre mühsam erkämpften Rechte.

Seit vielen Jahren begleiten und beobachten wir die Situation in Brasilien und stehen konkret mit der Landlosenbewegung MST im Austausch. **Die Landlosenbewegung MST, der es in ihrer über dreißigjährigen Geschichte gelungen ist, für über 500.000 Familien für die Agrarreform durch ihre Methode der Landbesetzung Zugang zu Land zu bekommen, und die einen erheblichen Beitrag für die Ernährungssouveränität des Landes beigetragen hat, steht nach dem Putsch und den derzeitigen politischen Umstrukturierungen vor einer ihrer größten geschichtlichen Herausforderungen:**

Die MST hat in den 12 Jahren unter der PT-Regierung ihren Schwerpunkt darauf gelegt, dass in Brasilien über das MDA (Ministerium für Agrarentwicklung) eine Agrarpolitik entstand, die sich an den familiären landwirtschaftlichen Betrieben ausrichtete. Indem es gelungen ist, den Staat in seine Pflicht zu rufen, wurde die MST immer unabhängiger von Spenden und Unterstützung aus dem Ausland.

Doch mit dem Putsch hat sich die Situation gewandelt: Landbesetzer*innen und Kleinbäuer*innen und Kleinbauern, die Bewegung selber, die Schulungszentren und Fortbildungen erhalten viel weniger Geld aus staatlichen Programmen. Einkommen fehlt, Programme und Ausbildungen müssen gestrichen werden und auf der anderen Seite muss mobilisiert werden, Lobbyarbeit betrieben, über Alternativmedien die Bevölkerung aufgeklärt werden.

› rund 100.000 Familien leben derzeit auf besetztem Land und haben den langwierigen Prozeß einer rechtlichen Anerkennung noch vor sich.

› Millionen von Familien – im Rahmen der Agrarreform angesiedelte Familien im MST und traditionelle Kleinbäuer*innen (die in der befreundeten MPA – der Bewegung der Kleinbauern organisiert sind) – hatten in den letzten Jahren dank der nationalen Schulspeisungsprogramme (die einen hohen Anteil regionaler und kleinbäuerlicher Produkte enthalten mussten) einen guten und garantierten Absatz ihrer Produkte. Mit der Einstellung dieser Programme durch die neue Regierung müssen sie neue Märkte aufbauen.

› Die Landlosenbewegung hat mit ihrer Nationalschule Florestan Fernandes ENFF in Brasilien ein einzigartiges Schulungszentrum aufgebaut und seit 2005 mehrere tausend Lehrer*innen, Agrartechniker*innen, Leiter*innen von Kooperativen, aber auch Geograf*innen, Historiker*innen und Jurist*innen ausgebildet. Die Ausbildungen sind staatlich anerkannt.

› Dank der Absolvent*innen kann die Landlosenbewegung heute aus den eigenen Reihen Lehrer*innen in die Agrarreformsiedlungen und Landbesetzungen schicken, durch eigene Agrartechniker*innen den agrarökologischen Landbau vorantreiben, sich gerichtlich selber verteidigen, ein gut funktionierendes Gesundheitsprogramm für die Bewegung aufbauen, etc..

Angesichts der zunehmend drastischen Menschenrechtslage in Brasilien und der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltaktivist*innen, politisch motivierter Morde, Zunahme der Gendergewalt und institutionellem Rassismus, melden zivilgesellschaftliche Gruppen und deren Vertreter*innen alarmierende Zustände. Umso wichtiger ist es, auch international auf die Lage aufmerksam zu machen, diese zu beobachten und die sozialen Bewegungen in ihrem Widerstand und Tun und in ihre aktiven und praktischen Suche nach Alternativen zu unterstützen. Gerade die internationale Solidarität, die Anerkennung ihrer Leistungen und die Stärkung von Selbstorganisation stellt für viele Akteur*innen eine wichtige Stärkung und Rückhalt dar.

Constanze Lemmerich (treemedia e.V)

Wolfgang Hess (Vorstand Freundschaftsverein Amig@s do MST, Deutschland)